



apfl

aktive pflichtschullehrer:innen

Wien, den 13.12.2022

S.g. p.t. Damen und Herren!

Die angespannte Personalsituation im Wiener Volksschulbereich ist bekannt. Die aktuell angekündigten Dienstzuweisungen von Kolleg:innen an Standorte mit fehlenden Lehrer:innen kann, wenn auch dienstrechtlich gedeckt, nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Als aktive Pflichtschullehrer:innen (apfl) der ÖLI-ug möchten wir dazu Stellung beziehen.

Wir haben besonders im letzten Schuljahr auf den drohenden Personalmangel aufgrund des ausrechenbaren Pensionierung-Höhepunkts und des dadurch absehbaren Wербens der Bildungsdirektionen Niederösterreichs und des Burgenlandes auf rechtzeitige Maßnahmen der Bildungsdirektion Wien (und des BMBWF) gedrängt.

-Kurzfristige Maßnahmen: Erleichterung bei pädagogischer Nachqualifizierung für Quereinsteiger:innen

-Mittelfristige Maßnahmen: Vorschläge zur Attraktivierung des Lehrberufs damit Lehrer:innen nicht in burnouts schlittern, junge nicht nach einem Jahr das „Handtuch“ werfen oder ältere Kolleg:innen nicht möglichst früh um Ruhestand ansuchen, Kolleg:innen nicht in die benachbarten Bundesländer abwandern,... wurden von uns eingebracht (Supportpersonal und administrative Unterstützung für Schulen, Ausbau der Schuldemokratie, Gratis-Wiener-Öffi-Ticket, Dienstfahrräder, Kommunikation auf Augenhöhe, keine kurzfristig zu erbringenden bürokratischen Vorgaben,...).

-Langfristige Maßnahmen aufgrund verbesserter Rahmenbedingungen: Werbung bei Berufsmessen, Imagekampagne „Lehrberuf“

In der letzten Ferienwoche Ende August erhielten wir als Personalvertreter:innen Informationen über Probleme bei Vertragsausstellungen und die geplante Reihenfolge bei anfallenden Supplierungen.

Bis Ende November wurden Lehrer:innen aus den Bereichen Beratung und Stützunterricht anstelle fehlender Volksschullehrer:innen eingesetzt. Diese Kolleg:innen fehlten mit ihrer Expertise an ihren bisherigen Standorten.

Anstelle dieser wieder in ihren ursprünglichen Einsatzgebieten tätigen Kolleg:innen sollen andere Lehrer:innen per Dienstzuweisung eingesetzt werden. Eine vorausschauende Information der betroffenen Direktor:innen und Lehrer:innen und einer sich daraus ergebenden Planbarkeit an den Schulen, fehlte auch diesmal. So erfuhren Schulleitungen erst am 1.12., dass sie Kolleg:innen abzustellen haben (avisierter Dienstzuweisungsbeginn 5.12.2022).

Detaillierte schriftliche Informationen dazu gab es keine bzw. mittlerweile nur teilweise.

Auch die betroffenen Dienststellenausschüsse haben bis dato keine Information erhalten, welche Kolleg:innen an andere Schulen dienstzugewiesen werden sollen. Wir kritisieren die fehlende Wertschätzung den Kolleg:innen gegenüber, die Vorgangsweise ist intransparent und respektlos.

Dies widerspricht einem wertschätzenden Umgang mit den Mitarbeiter:innen. Eine positive Bindung an das Unternehmen „Wiener Bildungsdirektion“ wird dadurch erschwert. Betroffene Kolleg:innen erkundigen sich mehrheitlich bezüglich Kündigungsfristen oder -modalitäten.

Wir machen uns Sorgen, wie es in den nächsten Monaten und auch im nächsten Jahr weitergehen wird. Der vielfältige und teilweise herausfordernde Lehrberuf braucht wertschätzende Unterstützung und eine planungssichere Perspektive!

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Astner	Bernd Kniefacz	Eva Neureiter
0650/ 24 68 105	0680/ 20 48 738	0650/ 67 76 446
Vorsitzende	Vorsitzender	Schriftführerin

Für die apfl (aktive pflichtschullehrer:innen), Stiftgasse 8, 1070 Wien